

## Kurzbericht

# Architekt\_innen der Zukunft - Krieg und Nachkriegsordnungen im Irak und Syrien

11. Mai 2016



© Daniel Novotny

Verfasser Jannik Eder

Herausgeber:

Vienna Institute for International Dialogue and Cooperation (VIDC)  
Möllwaldplatz 5/3, A-1040 Vienna, [www.vidc.org](http://www.vidc.org)

Redaktion: Lisa Bertrams, Magda Seewald

Copyright Fotos: Daniel Novotny

Veröffentlichung gemäß §25 des Mediengesetzes mit Novelle 2005 der Republik Österreich.

Copyright: Wiener Institut für internationalen Dialog und Zusammenarbeit, Möllwaldplatz 5/3, A-1040 Wien. Hauptgegenstand: Diskussionspapers zur Entwicklungspolitik, internationaler Zusammenarbeit und kulturellem Austausch zwischen Nord und Süd sowie Anti-Rassismus Kampagnen.

Die hier dargestellten Meinungen sind die der Podiumsteilnehmer\_innen und Besucher\_innen, die sich nicht mit der Meinung des VIDC und der Redaktion decken müssen.

Unter dem Titel „**Architekt\_innen der Zukunft - Krieg und Nachkriegsordnungen im Irak und Syrien**“ beleuchtete das *Vienna Institute for Dialogue and Cooperation (VIDC)* die aktuelle Situation für lokale und zivilgesellschaftliche Basisbewegungen in diesen beiden Ländern.



Den ersten Vortrag des Abends hielt die irakische Schriftstellerin, Künstlerin und Aktivistin, **Haifa Zangana**. Sie skizzierte zunächst die Entwicklungen im Irak seit der US-Invasion 2003 und wies darauf hin, dass die irakische Bevölkerung aufgrund der Umbruchprozesse im Land extrem zu leiden habe.

Die Politik der USA im Irak habe sich von einer direkten Besetzung zu einer Form neokolonialer Herrschaft entwickelt, so Zangana. Dabei seien zwei Abkommen zwischen den USA und der irakischen Regierung relevant:

Erstens das „Status of Forces Agreement“ (SOFA), eine Vereinbarung, die die Stationierung der US-Truppen im Irak und die sicherheitspolitischen Beziehungen regelt, und zweitens das „Strategic Framework Agreement“ (SFA), das nicht nur zeitlich unbegrenzt sei, sondern laut Zangana eine Kontrollfunktion in sämtlichen gesellschaftlichen Sphären - von Politik, Wirtschaft und Sicherheit bis hin zu Kultur und Bildung - ausübe.

Zangana betonte, dass die Konsequenzen der Invasion und der andauernden US-Präsenz immer noch deutlich spürbar und die Auswirkungen verheerend seien. Man müsse vor allem die menschlichen Opfer thematisieren. Unterschiedlichen Quellen zufolge forderten die direkten und indirekten Folgen der Kämpfe seit 2003 circa eine Million Menschenleben. Fünf Millionen Iraker\_innen seien sog. IDPs (Internally Displaced Persons), also Binnenvertriebene, oder befänden sich außerhalb des Heimatlandes auf der Flucht. Dies sorge in der gesamten Region um den Irak für einen starken demographischen Wandel.

Das Versprechen, Menschenrechte im Irak zu etablieren, wäre indes nie eingelöst worden. Vielmehr käme es immer wieder zu schweren Menschenrechtsverletzungen, nicht nur durch US-amerikanische oder britische Truppen, sondern auch durch irakische Sicherheitskräfte oder Milizen. Für diese Menschenrechtsverletzungen würde meistens niemand zur Rechenschaft gezogen, berichtete Zangana und fügte hinzu, dass letztlich jeder Tag neue Grausamkeiten hervorbringe.

Darüber hinaus gäbe es im Irak derzeit über 30 verschiedene Milizen, die ebenso wie irakische Sicherheitseinheiten für viele Tote verantwortlich seien, darunter zahlreiche Akademiker\_innen und Journalist\_innen.

Die miserable Menschenrechtslage zeige sich auch in anderen Bereichen: Beispielsweise würden viele Häftlinge oft willkürlich als „Terrorist\_innen“ angeklagt und hingerichtet. Nach China und Iran habe der Irak die meisten Exekutionen pro Monat zu verzeichnen.

Ein essentielles Problem sei auch die Korruption, welche sich in allen Institutionen und in nahezu jeder Pore der Gesellschaft festgesetzt habe. Vor allem im Bereich der Ölproduktion käme es zu massiver Korruption. Zusätzlich gingen von der irakischen Regierung unterzeichneten Verträge über die Rechte an und den Verkauf von Öl letztlich zu Lasten der irakischen Bevölkerung, die in der Folge kaum bis gar nicht vom Ölreichtum des Landes profitieren kann.

Ein weiterer von Zangana benannter Aspekt ist die Zerstörung und Schändung des kulturellen Erbes im Irak. Nach dem Einmarsch habe die USA auf wichtigen Kulturstätten Militärbasen errichtet und durch den Bau von Kriegsinfrastruktur vielfach archäologisches Material zerstört. Dann sei die Terrororganisation des sog. *Islamischen Staates (IS)* hinzugekommen und habe die Verwüstung des kulturellen Erbes in einem noch drastischeren Ausmaß betrieben.

Die aktuelle Situation beschrieb Zangana folgendermaßen: Es befänden sich immer noch 4.500 - 5.000 Soldat\_innen der USA und etwa 200 Angehörige von Spezialeinheiten im Irak, obwohl 2011 der militärische Rückzug beschlossen wurde und nur militärische Berater\_innen zurückbleiben hätten sollen.

Der IS und die von ihm ausgehende Gewalt habe das Land noch weiter ins Chaos gestürzt. Die Kämpfer\_innen des IS würden sich meistens mitten unter der irakischen Bevölkerung aufhalten und die Menschen als Schutzschild verwenden. Deshalb komme es im Kampf gegen den IS zu zahlreichen zivilen Opfern. Das Pentagon rechtfertige diese zivilen Opfer im Nachhinein mit dem Argument, dass sich diese im derzeitigen Kriegsgeschehen nun einmal nicht vermeiden ließen. Laut Zangana lässt sich das als eine legalisierte Art der Tötung von Unschuldigen bezeichnen, für die sich die USA oft nicht einmal rechtfertigen müsse.

Dass sich viele junge irakische Männer dem IS anschließen, sieht Zangana darin begründet, dass diese versuchen, sich gegen die aus der US-Invasion hervorgegangenen Unrechtsverhältnisse aufzulehnen. Vor der Besetzung durch die USA gab es im Irak keine vergleichbaren Terrororganisationen. Durch die allgemeine Ungerechtigkeit und Hoffnungslosigkeit sowie die Marginalisierung der jungen Menschen würde sich ein Nährboden für den Terror bilden. Die Verzweiflung und die Armut seien ständig präsent und verhinderten ein Abflauen der Gewalt. Eine gesamte Generation sei mittlerweile in diesen inhumanen Verhältnissen aufgewachsen. Viele hätten keine Aussicht auf Besserung und fühlten sich zunehmend ohnmächtig. Dadurch verstärke sich das Phänomen, dass viele Leute „ihre einzige Hoffnung im Tod sehen“, bedauerte Zangana.

Doch Zangana hob hervor, dass die Menschen im Irak nicht ausschließlich Opfer seien. Vielerorts versuche man aktiv für eine Gesellschaft freier und gleichberechtigter Bürger\_innen einzutreten. Auch im Zusammenhang mit dem Arabischen Frühling 2011 sei es zu einem breiten, friedlichen Widerstand gekommen, der jedoch blutig niedergeschlagen wurde.

Zangana stellte daraufhin wichtige Initiativen vor, die sich für den Wiederaufbau des Landes einsetzen. Die neun vorgestellten Initiativen unterscheiden sich einerseits darin, dass sie säkular oder religiös ausgerichtet sind, und andererseits bestehe eine elementare Trennlinie darin, dass sie die derzeitigen politischen Prozesse, die von externen Mächten eingeleitet wurden, mittragen oder sich gegen diese Wiederaufbaumaßnahmen aussprechen.

Zangana benannte fünf Initiativen, die außerhalb der politischen Prozesse und gegen die Besatzungsmächte und das irakische Establishment agieren. Dabei sprach sie zuerst über die religiösen Bewegungen *Association of Muslim Scholars in Iraq (AMSI)* und *Iraqi Clerics for Reforms*. *AMSI* positioniere sich stets gegen die Besatzung und stellte in der Vergangenheit sogar militärische Verbände auf, die die US-Truppen bekämpften. Darüber hinaus würden sie keine Verbündeten akzeptieren, die in irgendeiner Form mit den Besatzungsmächten oder dem irakischen Establishment kooperieren. Die *Iraqi Clerics for Reforms* sei erst vor kurzer Zeit, im April 2016, gegründet worden und gelte als moderat, da sie die Zusammenarbeit mit jenen Parlamentsabgeordneten suchen, die für Reformen eintreten. Immer noch eine Rolle spiele die ehemals herrschende *Baath-Partei*, deren Angehörige alles ablehnen, was in der Zeit nach 2003 politisch umgesetzt wurde. Weitere Akteur\_innen seien die arabischnationalistische und säkulare *Patriotic Initiative*, die ein sehr detailliertes Programm für den künftigen Transformationsprozess ausgearbeitet hat und ein stärkeres Eingreifen der Vereinten Nationen und des Sicherheitsrats fordert, und das ebenfalls säkulare Projekt *Save Iraq* von Jamal al Dhari.

Dem gegenüber stünden die Initiativen, die sich auf die Seite der irakischen Regierung und der externen Mächte stellen. Die religiöse *Al Sadri Trend*, die zivilgesellschaftliche *Civil Current*, die parlamentarische Oppositionsbewegung *Reform Front* und letztlich verschiedene Gruppierungen rund um nicht ins Parlament gewählte Politiker\_innen. Diese Bewegungen und Initiativen seien sich darin einig, dass nicht nur die Korruption, sondern auch das Sektierertum ein Ende haben müsse. Der Irak solle als geeinter und unabhängiger Staat errichtet werden. Ein Streitpunkt, der jedoch weiterhin bestünde, sei die Frage nach dem Verhältnis zum schiitischen Nachbarstaat Iran und dessen Hegemonialstreben in der Region, so Zangana. Letztlich versuchten jedoch all diese Initiativen praktikable Programme und Projekte für die Zukunft des Landes auszuarbeiten.

Darüber hinaus existierten verschiedene internationale Initiativen, die sich zumeist im Feld der Zivilgesellschaft bewegten, wie *Iraqi Civil Society Solidarity Initiative (ICSSI)* oder *Norwegian Peacebuilding Resource Centre (NOREF)*. Jedoch bemängelte Zangana, dass die Vereinten Nationen selbst keine Zusammenarbeit mit der lokalen Zivilgesellschaft und Bewegungen von unten anstrebe und kaum für breiter angelegte Unterstützung Sorge, sondern höchstens im Hintergrund versucht werde, ausschließlich mit den USA oder Großbritannien auf Lösungen zu kommen.

Die Meinung Zanganas ist, dass sich die verschiedenen Initiativen an einen Tisch begeben müssen, um eine Lösung für die Zukunft des Landes herbeizuführen. Eine weitere Zersplitterung und Teilung des Landes sei eine stets lauende Gefahr, die es zu verhindern gilt. Eine Unterstützung der sektiererischen Kräfte ist für Zangana letztlich ein Verbrechen an

der irakischen Bevölkerung. Sie kritisierte somit auch, dass der momentanen irakischen Regierung von internationaler Seite stets der Rücken gestärkt werde.



Den zweiten Vortrag hielt **Fouad Gehad Marei** vom Otto-Suhr-Institut für Politikwissenschaft der Freien Universität Berlin. Er konzentrierte sich dabei auf die Situation in Syrien und die Versuche dortiger Graswurzelbewegungen innerhalb des Staatszerfalls eigene Strukturen aufzubauen. Für Marei ist es von großer Bedeutung, den Fokus auf jene Akteur\_innen und „die normalen Menschen“ zu legen, die ansonsten wenig Beachtung erhalten.

Zunächst betonte Marei, dass trotz der höchst kritischen Lage in Syrien, eine staatliche Administrationsstruktur in vielen Orten lange weiter existierte und auch funktionierte. Daneben hätten jedoch lokale, nicht-staatliche Akteur\_innen eine gewichtige Rolle eingenommen. Diese Graswurzel-Akteur\_innen füllten eine Lücke aus, die durch den Rückzug des Staates entstanden ist. Mareis Interesse gilt vor allem jenen Strukturen, die durch aufständische Bewegungen aufgebaut wurden. Diese Aufständischen seien nicht notwendigerweise für oder gegen das Regime und sind auch nicht durchwegs ideologisch getrieben, sondern seien in erster Linie aus einer materiellen Notlage heraus entstanden und waren gezwungen, eine eigene Form des Krisenmanagements zu erfinden.

Laut Marei gab es auch vor Ausbruch des Bürgerkrieges bereits Strukturen parallel zum Staat, da dieser nicht überall auf Vertrauen stieß und seine Bürger\_innen oftmals vernachlässigte und/oder unterdrückte. Die Geschichte vieler Bewegungen beginne also häufig bereits vor dem Konfliktbeginn 2011. Die Selbstorganisierung hätte vor allem aufgrund eines Bedürfnisses nach Rechtmäßigkeit und Ordnung stattgefunden. Auf der lokalen Ebene wurden deshalb eigene Wege zur Konfliktlösung erarbeitet. Im Laufe des Krieges sei aus dem Versuch, Rechtmäßigkeit und Ordnung zu erhalten, eine größer angelegte Administrationsstruktur entstanden, die das Alltagsleben dort zu regeln versuchte, wo der Staat sich zurückgezogen hatte. Mit dem Krieg seien schließlich zunehmend humanitäre oder wohlfahrtliche Aufgaben zur Angelegenheit dieser substaatlichen Strukturen geworden.

Mareis erstes Beispiel war die einst von Rebellentruppen kontrollierte Grenzstadt Abu Kamal, die sich heute unter der Herrschaft des IS befindet. Ende 2012 und Anfang 2013 sei Abu Kamal jedoch durch eine Selbstregierungsstruktur geprägt gewesen. Im November 2012 geriet die Stadt in die Hand der Rebellentruppen und war in der Folge schweren Angriffen durch das syrische Militär ausgesetzt. In dieser Situation hätte sich ein fortgeschrittenes, ziviles Organisationssystem entwickelt, welches sich aus verschiedenen Bevölkerungsgruppen zusammensetzte. Diese Struktur hatte für etwa sieben Monate Bestand und regelte das Leben in der Stadt. Die Gemeinschaft hatte u.a. einen eigenen Rechtsausschuss mit zivilen Verteidigungseinheiten, die sich aus Freiwilligen

zusammensetzten. Marei zufolge entstand hier ein Nucleus einer künftigen Nachkriegsgesellschaft. Als die Rebellentruppen in Gegenden wie Abu Kamal ankamen, seien sie also auf eine bereits organisierte Struktur der aufständischen Zivilbevölkerung gestoßen.

Als zweites ging Marei auf Aleppo ein, das als Zentrum des syrischen Aufstands gilt. An Aleppo sei besonders, dass die Rebellen, die letztlich das Assad-Regime aus der Stadt trieben, selbst gar nicht aus der Stadt stammten. Die zivile Bevölkerung sah sich vielmehr mit der Situation konfrontiert, dass externe Rebellentruppen die Hoheit über die Stadt beanspruchten. Deshalb ist die Annahme, dass Aleppo vom Assad-Regime „befreit“ wurde, laut Marei, durchaus ambivalent zu sehen. Fest steht für ihn aber, dass der Rückzug des Regimes nicht auf einem Impuls einer lokal verwurzelten Bewegung basiere. Stattdessen hätte es eine Kluft zwischen den Bewohner\_innen der Stadt und den Rebellentruppen, die in der Stadt kämpften, gegeben. Deshalb entwickelte sich in Aleppo eine zivile Administrationsstruktur, die sich zwischen dem Staat und den Rebellentruppen bewegte.

Für die Reorganisation der Stadt seien wiederum verschiedene Bevölkerungsgruppen zusammen gekommen. Darunter hätten sich zum Beispiel Rechtsgelehrte, salafistische Prediger, lokale Aktivist\_innen und ehemalige Angehörige des Regimes befunden. Im Vordergrund stand dabei zunächst das zivile Leben bewerkstelligen zu können. So entstanden beispielsweise unterschiedliche lokale Gerichtshöfe. Das Regierungswesen in der Region sei jedoch sehr unübersichtlich geworden. Deshalb gab es den Versuch eine Verwaltung aufzubauen, die auf fortgeschrittenen, hierarchischen Entscheidungsstrukturen und auf Grundlage des Islams basierte. Im Bereich der Rechtsprechung sei zum Beispiel das sog. „United Judicial Council“ entstanden. Marei hob hervor, dass sich zum Teil eine Art „Schattenregierung“ entwickelte, die auf Wahlen und einer eigenen Verfassung beruhte und außerdem die Scharia einführte. Diese Akteur\_innen würden somit ihre eigenen Vorstellungen davon verwirklichen, wie ein Syrien nach Assad aussehen sollte. Es gab zwar eine große Anzahl verschiedener Akteur\_innen, doch ihnen allen war gemeinsam, dass sie eine Vision über die Zukunft des Landes mitbrachten, so Marei.

Zugleich konstatierte Marei, dass diese zivilen Akteur\_innen mittlerweile unterminiert wären und nicht mehr existierten. Denn erstens seien im Verlauf des Krieges eher solche Akteur\_innen wie Milizen und Rebellentruppen dominant geworden, die auf Gewalt als Lösungsmittel setzen. Zweitens versuche das Regime immer wieder seine Hoheit im Staat durchzusetzen und Parallelstrukturen auszuschalten. Drittens sei es dem IS gelungen seine Macht und sein Territorium zunehmend auszuweiten. Und viertens sei die internationale Gemeinschaft nicht willens, mit einem Großteil der lokalen Aufständischen zusammenzuarbeiten. Das habe, laut Marei, folgende Gründe: Einerseits herrsche in weiten Teilen der internationalen Gemeinschaft ein starker normativer Bias, weshalb ein Akteur, der zum Beispiel auf Clan- oder Stammesstrukturen oder auf einer islamistischen Prägung basiert, nicht als gleichwertiger Verhandlungspartner angesehen werde. Andererseits liege oft auch ein logistischer bzw. pragmatischer Grund vor. Die Vereinten Nationen und

internationale Hilfsorganisationen hätten häufig sehr formalisierte Arbeitsprozesse, die in der Arbeit mit den Graswurzelakteur\_innen nicht funktionierten.

Spätestens ab Mitte 2013 wurden laut Marei diese potentiellen Architekt\_innen der Zukunft komplett außer Acht gelassen. Die Akteur\_innen seien aber nicht gänzlich verschwunden, sondern heutzutage teilweise innerhalb der Flüchtlingspopulationen in der Region rund um Syrien wiederzufinden. Deshalb sei es nun entscheidend, wie künftig der Umgang mit diesen Flüchtlingspopulationen und den sich dort befindlichen Kräften für die Zukunftsgestaltung aussehen wird.



Im Anschluss an die Vorträge wurde der Raum für weitere Diskussionsfragen geöffnet. Dabei war zunächst die Stellung der kurdischen Bevölkerung von Interesse. Haifa Zangana erklärte, dass der Unabhängigkeitskampf der Kurd\_innen von vielen Höhen und Tiefen geprägt sei. Derzeit herrschten in Kurdistan ähnliche Probleme wie auch im Rest des Iraks, nämlich weit

verbreitete Korruption und ein starkes Gefälle zwischen Arm und Reich. Zudem seien die irakischen Kurd\_innen abhängig vom Zentralregime in Bagdad. An den Aufbau eines eigenen Staates sei momentan kaum zu denken, vielmehr gehe es darum, einen demokratischen und föderalen Irak aufzubauen, von dem auch die Kurd\_innen profitieren können.

Des Weiteren wurde der Grundkonflikt zwischen sunnitischen und schiitischen Muslim\_innen angesprochen. Für Zangana war klar, dass vor allem die politischen Parteien diesen Konflikt befeuern. Solange die politischen Akteur\_innen das Sektierertum stärken, werde der Konflikt nicht zu überwinden sein.

Abschließend erläuterte Fouad Gehad Marei nochmals die Notwendigkeit, bei der internationalen Kooperation über den eigenen Tellerrand hinauszuschauen. Im Konfliktmanagement gäbe es letztlich keine Alternative dazu, auch mit salafistischen Bewegungen zusammenzuarbeiten. Diese verfügten bei vielen Teilen der lokalen Bevölkerung über ein gewisses Prestige. Aus diesem Grund erscheint es Marei umso eigenartiger, dass diese Gruppen konsequent ausgeschlossen werden, obwohl eine relativ große Masse dahinter steht. Es bräuchte Vertrauen und Unterstützung für die pluralen, lokalen Initiativen und Bewegungen, denn wie man sehen könne, suchen die Menschen in Krisenzeiten stets nach ihren eigenen Lösungswegen.





## Referent\_innen

**Haifa Zangana**, die irakische Schriftstellerin und Aktivistin veröffentlichte drei Romane sowie vier Sammlungen von Kurzgeschichten, wie etwa: „City of Widows“, „Dreaming of Baghdad“ und gemeinsam mit Ramsy Clark und Thomas Ehrlich Reifer „The Torturer in the mirror“. Haifa Zangana ist Gründungsmitglied der International Association of Contemporary Iraqi Studies (IACIS) sowie Mitbegründerin von Tadamun - Iraqi Women Solidarity. Sie war Beraterin für den UNDP Report „Towards the rise of women in the Arab world“ (2005) und ist als Konsultantin für ESCWA (United Nations Economic and Social Commission for Western Asia) tätig. Haifa Zangana ist Kolumnistin bei Al Quds Al Arabi. Zudem hält sie regelmäßig Vorträge zur irakischen Kultur und Frauen-Themen. Mit ihrem aktuellen Projekt will sie ehemalige weibliche Gefangene in Palästina und Tunesien dazu ermutigen, über ihre Erfahrungen im Gefängnis zu schreiben.

**Fouad Gehad Marei** ist seit 2013 wissenschaftlicher Mitarbeiter, Otto-Suhr-Institut für Politikwissenschaft der Freien Universität Berlin. 2012 promovierte er an der Universität Durham, UK und erhielt für 2015/16 ein Forschungsstipendium des Arab Council for Social Sciences und der SIDA (Swedish International Development Agency ) für sein Projekt „Resistance, Piety and Development: Hezbollah’s Capital of Resistance as Global City“. 2015/2016 führte er eine Pilotstudie in syrischen Flüchtlingslagern im Libanon durch. Zu seinen Forschungsschwerpunkten zählen Globalisierung und Entwicklung sowie islamisch religiöser Aktivismus in Konflikt- und Post-Konflikt-Kontexten mit Fokus auf den Libanon und Syrien. Zuletzt veröffentlichte er „Preaching Development: Shi’i Piety and Neoliberalism in Beirut“. In: „Religious Activism in the Global Economy: Promoting, Reforming or Resisting Neoliberal Globalization?“ Sabine Dreher und Peter J. Smith (Hg) (2016).